

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.
Postzeitungsnummer 1621 a.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Der Streik der Bäcker in Hamburg.

Ein „Machtstreik“ wird gegenwärtig wieder auf dem Boden Hamburgs und der angrenzenden Orte ausgefochten. Von dem Geldprogenthum, welches in dem bekannten Arbeitgeberverband vorherrscht, werden die Forderungen der Bäckereiarbeiter, die größten Mißstände im Gewerbe zu beseitigen, als ein Vorstoß der Sozialdemokratie zum Sturze der bürgerlichen Gesellschaft erklärt. Welche Beweggründe mögen dieses Unternehmertum zu einem solchen Vorgehen veranlassen? Zunächst ist es das Bestreben, die Aufmerksamkeit des Publikums von den Zuständen, unter welchen seine tägliche Nahrung hergestellt wird, abzulenken und die Ausbeutungspraktiken der Bäckermeister zu verdecken. Des Weiteren aber ist es ein Wuthausbruch, der den auf's Neue fehlgeschlagenen Hoffnungen der Kapitalmagnaten und ihres Erbtrantentrosses folgt. Dadurch, daß von derselben Gesellschaft der Hafenarbeiterstreik als eine Maché der sozialdemokratischen Partei erklärt und der hamburgischen Arbeiterschaft in allen Tonarten während des letzten Jahres erzählt wurde, daß die Sozialdemokratie schuld sei an dem Glend, welches der Streik für die Betheiligten brachte, glaubte man, die Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig machen zu können. Das ist offen von der Presse dieser Kapitalisten ausgesprochen worden. Man hatte sich in diesen Glauben so hineingewiegt, daß, als die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl in Hamburg gegenüber der Wahl von 1893 um 21580 sich vermehrt hatte, der argen Enttäuschung ein Wuthausbruch folgen mußte. Es mag ja schmerzlich sein für das Geldprogenthum, das in der heutigen Gesellschaft sich von dem von den Arbeitsbienen zusammengetragenen Kapital Alles kaufen kann, daß nicht auch ein Reichstagsmandat zu erkaufen ist, um die Unterdrückung der Arbeiterschaft durch die wirtschaftliche Macht, durch direkte Einwirkung auf die Gesetzgebung verstärken zu können. Dieser Schmerz äußerte sich in dem wüthenden Loben der Presse der „staatsbehaltenden“ Parteien in Hamburg gegen das allgemeine Wahlrecht und in dem Verjuche, jeden Streik der Arbeiter mit den Unternehmern zu einem Machtstreite zwischen Sozialdemokratie und Bürgerthum zu machen. Ist die Idee, die sozialdemokratische Partei für die Streiks verantwortlich zu machen, schon an

sich unsinnig, so kann eine Verbindung zwischen dem Hamburger Bäckerstreik und der Sozialdemokratie nur von Leuten konstruirt werden, welche, wie das Hamburger Bürgerthum, durch die Wuth über enttäuschte Hoffnungen geblendet sind.

Die Bäcker von Hamburg und den angrenzenden Orten standen schon seit längerer Zeit mit den Arbeitgebern in Unterhandlung bezüglich Regelung der Arbeitsverhältnisse und besonders wegen der Beseitigung der Gewährung von Kost und Logis seitens der Arbeitgeber. Die Bäckerinnung lehnte die Forderungen rundweg ab. Nachdem der Versuch einer gütlichen Vereinbarung gescheitert war, beschloßen die Bäcker, mit den einzelnen Arbeitgebern zu unterhandeln und sandten Diesen folgendes Schreiben zur Unterschrift:

„Ich Unterzeichneter verpflichte mich hierdurch, von Mittwoch, den 22. Juni d. J., in meinem Betriebe folgendes Arbeitsverhältniß einzuführen: 1. Wohnung und Beköstigung wird den Gesellen nicht mehr von mir gestellt. 2. Als Entschädigung hierfür zahle ich jedem Gesellen einen wöchentlichen Lohnzuschlag von M. 12. 3. Gesellen, deren Lohn dann nicht M. 21 beträgt, wird derselbe auf M. 21 erhöht. — Für Aushülfarbeiten von weniger als einer Woche Dauer zahle ich pro Tag M. 4. 4. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Uspause, bestehen. Die nach dem Gesetze vom 4. März 1896 erlaubten Ueberstunden bezahle ich mit 50 % pro Mann und Stunde. 5. An den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten zum zweiten Festtage in meinem Betriebe nicht gearbeitet. 6. Bei Bedarf von Arbeitskräften verpflichte ich mich, dieselben nur vom Arbeitsnachweise des Verbandes der Bäcker zu beziehen; eine Kontrolle über denselben behalte ich mir bis nach Uebereinkunft mit anderen Meistern vor. 7. Für Konditionen zahle ich einen Mindestlohn von M. 24. Für Nachtarbeit und Ueberstunden einen Zuschlag von 25 %. Bei Aushülfarbeiten pro Stunde 50 %.“

Der bei der Bewegung in Frage kommende Städtekomplex hat 486 Bäckereien, in welchen 1026 Arbeiter beschäftigt wurden. Außerdem waren am Tage der ArbeitsEinstellung 180 arbeitslose Bäcker vorhanden. Am 21. Juni fand eine Versammlung statt, an welcher fast sämmtliche in dem Be-

zirke vorhandenen Bäcker Theil nahmen, und wurde mit 894 gegen 180 Stimmen beschlossen, in den Bäckereien, welche die Forderungen nicht bewilligt hatten, die Arbeit einzustellen. Die Abstimmung war eine geheime und wurde weder von den Leitern der Bäckerorganisation, noch von anderen nicht im Bäckereibetriebe thätigen Personen beeinflusst. Dieser Umstand und die große Majorität der sich für den Streik Entscheidenden muß auch dem blödesten Menschen zeigen, daß die Bewegung unter den Bäckern nicht durch äußeren Einfluß, sondern dadurch hervorgerufen ist, daß die Zustände in den Bäckereien unerträglich geworden waren.

Für vernünftige Menschen bedarf es auch hierüber keiner Auseinandersetzung. Zum Ueberflusse hatte aber auch der Hamburger Senat vorher schon den unzweifelhaften Beweis erbracht, daß die Zustände in den Räumen, in welchen die Nahrung für die Bevölkerung hergestellt wird, einen gemeingefährlichen Charakter angenommen hatten.

Am 10. Dezember 1897 hatte der Senat eine Verordnung erlassen, welche Vorschriften über die Einrichtung der Backstuben enthielt, und von der man kurz sagen konnte, daß sie die Bäckermeister zur Reinlichkeit in den Betrieben anhalten sollte. Ehe solche Verordnungen in Deutschland kommen, müssen diese Zustände ein Stadium erreicht haben, in welchem sie auch eine Gefahr für die nicht direkt Beteiligten bringen. Die Verordnung bezog sich aber nur auf die Arbeitsstätten, nicht auch auf die Wohnräume der Bäckereiarbeiter. Wie es in diesen ausjah, geht aus einer von der Bäckerorganisation aufgenommenen Statistik hervor, in welcher unter Anderem gesagt wird:

„Die Schlafräume werden von 423 Personen benutzt, denen 350 Betten zur Verfügung stehen. 72 Betten werden also noch von je 2 Personen benutzt, in 5 Fällen sogar abwechselnd. In 3 Fällen stehen je 2 Betten übereinander. In 45 Betrieben wird die Bettwäsche monatlich oder in kürzeren Fristen, in 25 alle 2 Monate, in 6 vierteljährlich und in 2 Betrieben ist sie schon länger nicht gewechselt. Nur aus 5 Betrieben wird berichtet, daß auch beim Wechsel der Gesellen die Bettwäsche gewechselt wird, sonst muß sich also der Neueintretende in das Bett legen, wie es sein Vorgänger verlassen hat.“

Es wird dann ein Fall konstatiert, in welchem vier Mann in einer Bäckerei an der Krätze erkrankten und erst durch Eingreifen des Bäckerverbandes den Arbeitern bessere Wohnräume und neue Betten gegeben wurden.

Die von den Arbeitern aufgenommene Statistik deckt aber noch keineswegs die ganzen Schweineereien, welche in den Wohnräumen der Bäckergejellen vorhanden sind, auf; denn es ist bekannt, daß von den Arbeitern, bei welchen die Verhältnisse am elendesten sind, am wenigsten Auskunft zu erlangen ist. Der eine Umstand, daß Hautkrankheiten, zu den Berufskrankheiten bei den Bäckern zählen und daß eine häufig bei diesen beobachtete Krätze als Bäckerkrätze, also eine bei ihnen typische Hautkrankheit, bezeichnet wird, genügt, um sich ein Bild von den Reinlichkeitszuständen in den Wohnräumen der Bäcker machen zu können. Diese Zustände wollten die Bäcker dadurch beseitigen, daß das Wohnen bei den Arbeitgebern abgeschafft wird.

Jeder vernünftige Mensch muß nicht nur aus Rücksicht auf die Bäckereiarbeiter, sondern auch schon aus dem Grunde, daß sein Brot nicht von Leuten hergestellt wird, welche in schmutzstarrenden Löchern hauen und keine Gelegenheit haben, ihren Körper zu reinigen, die Forderung der Bäcker unterstützen. Die hamburgische Arbeiterschaft trat infolgedessen sofort auf Seite der Bäckergejellen. Anders jedoch die Presse der „staatserkhaltenden“ Parteien und der berüchtigte Arbeitgeberverband. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten. Aber sonderbar erscheint doch die Geschmacksrichtung der Leute, die es vorziehen, das unter solchen Verhältnissen hergestellte Brot zu genießen, anstatt sich die Garantie zu schaffen, daß Wohn- und Arbeitsräume Derjenigen, welche die tägliche Nahrung herstellen, den einfachsten Ansprüchen an Reinlichkeit genügen.

Nun besteht in Hamburg und den angrenzenden Orten eine Einrichtung, welche es dem Publikum unmöglich macht, zu kontrolliren, aus welchen Bäckereien es sein Brot bezieht. Die Konsumenten erhalten ihre Backwaaren nicht direkt von dem Bäcker, sondern durch eine dritte Person, den Brothändler. Es war infolgedessen nothwendig, diese Brothändler mit einem Ausweise zu versehen, daß sie das Brot aus Bäckereien beziehen, in welchen die geforderten Arbeitsbedingungen erfüllt werden. So mußte sich der Kampf von vornherein auf einen größeren Kreis von Personen erstrecken als den direkt beteiligten Arbeitern und Arbeiterausbeutern.

Diesen Umstand benutzte der Arbeitgeberverband, um dem Publikum das Märchen aufzubinden, es handle sich um einen Vorstoß der Sozialdemokratie, um damit den wahren Grund des Kampfes zu verdecken. Wenn aber noch etwas gefehlt hat, den Arbeitgeberverband zu diskreditiren, so ist es sein Eintreten für eine so wenig saubere Sache.

Auf beiden Seiten werden alle Mittel angewendet, um den Sieg im Kampfe zu erringen. Die Unternehmer suchten den Bäckern, welche bewilligt hatten, die Mehllieferungen abzuschneiden. Die Arbeiter hatten jedoch Vorsorge getroffen und Verträge mit den Lieferanten abgeschlossen. Da der Bedarf an Weißbrot von den Bäckern, welche bewilligt hatten, anfangs nicht gedeckt werden konnte, richteten die Arbeiter eigene Bäckereien ein. Um Dem entgegen zu arbeiten, mietheten die Unternehmer die leerstehenden Bäckereien. Nach Eingreifen des Arbeitgeberverbandes in den Kampf, wurden den Brothändlern von Diesem Karten geliefert, damit sie sich ausweisen sollten, daß sie Brot aus den Bäckereien beziehen, welche nicht bewilligt haben. Den Bäckermeistern, welche durch den Boykott schwer geschädigt werden, sind vom Arbeitgeberverbande Geldunterstützungen zugesagt. Um diese zu beschaffen, schwingen die Millionäre, welche im Arbeitgeberverbande dominiren, den Bettelsack. Das Publikum wird durch Aufrufe gebeten, Beiträge für einen „Streikabwehrfonds“ zu leisten. Man muthete der Bevölkerung nicht nur zu, ihr Brot unter den geschilderten Verhältnissen weiter herstellen zu lassen, sondern verlangt auch noch von ihr, daß sie Beiträge zur Aufrechterhaltung dieses herrlichen Zustandes leistet. Dazu war aber nöthig, sich und Anderen einzureden, daß es sich um einen Kampf gegen die Sozialdemokratie

handelt. Nun fühlt sich jeder Spießer als ein Held, der im Vordertreffen im Kampfe mit der sozialdemokratischen Armee steht, unter der grandiosen Leitung des Arbeitgeberverbandes. Bei diesem schönen Gefühle kann man dann auch hochtrotziges Brot verkaufen, wenn man auch nicht ganz sicher ist, ob es nicht unter wenig appetitlichen Umständen hergestellt wurde.

An Terrorismus und Verhegung aber leisten die Scharfmacher im Arbeitgeberverbande Dinge, welche die unheimlichen Schilderungen von dem Terrorismus der Arbeiter weit in den Schatten stellen. Das wird den Leuten offen von der bürgerlichen Presse in Deutschland gesagt.

Doch was verschlägt das bei einem solchen Unternehmertum. Es fühlt sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie berufen, und das Ergebnis wird sein, daß die sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl um einige Zehntausende gemachsen sein werden.

Wenn den Bäckereiarbeitern fortgesetzt erzählt wird, daß die Sozialdemokratie allein sie in ihrem Kampfe unterstützt und die sich arbeiterfreundlich nennenden bürgerlichen Parteien für das Elend dieser Arbeiter nur Spott und Hohn haben, und

bei jeder Regung, das Elend zu lindern, nichts als brutale Unterdrückung anwenden, dann müssen sie doch schließlich Sozialdemokraten werden, sofern sie es noch nicht waren. Die sozialdemokratische Partei kann mit der Thätigkeit des Arbeitgeberverbandes, genau so wie bei dem Hafenarbeiterstreik, sehr zufrieden sein. Der Arbeiterchaft Hamburgs aber kommt es in diesem Kampfe nicht auf eine Stärkung der Arbeiterpartei, sondern darauf an, die Bäcker aus ihrem Elend zu befreien und sich die Garantie zu schaffen, daß ihr Brot in sauberer Weise hergestellt wird.

Noch ist das Ende und der Ausgang dieses Kampfes nicht abzusehen. Da in demselben das konsumierende Publikum eine große Rolle spielt und die Zahl der Streikenden sich wesentlich verringert hat, da mindestens die Hälfte die Forderungen bewilligt erhielt, so kann der Arbeitgeberverband nicht das Experiment des Aus Hungerns, wie bei dem Hafenarbeiterstreik, machen. Soweit sich die Situation übersehen läßt, werden die Bäcker das Kost- und Logiswesen im Allgemeinen beseitigen und damit den Anstoß geben, daß dieser größte Mißstand im Bäckergewerbe auch in anderen Orten zum Verschwinden gebracht wird.

Jahresberichte örtlicher Gewerkschaftskartelle für 1897.

Offenbach a. M.

Unter dem Namen „Vereinigte Fach- und Unterstützungsvereine Offenbachs“ wurde im Frühjahr 1890 das Kartell gegründet. Bis zum Jahre 1894 waren die einzelnen Gewerkschaften durch ihre Vorstände in demselben vertreten. In dem genannten Jahre wurde bestimmt, daß jede Gewerkschaft im Kartell durch zwei Delegirte vertreten sein soll. 1895 wurde ein Regulativ geschaffen und damit dem Kartell ein fester Zusammenhalt gegeben, der es befähigt, seine Aufgaben erfüllen zu können.

Die Aufgabe, bei Streiks den Beteiligten helfend zur Seite zu stehen, wurde vom Kartell befriedigend gelöst. Größere Kämpfe waren am Orte im letzten Jahre nicht zu verzeichnen. Die Schriftgießer traten in eine Lohnbewegung ein, zu welcher der Anstoß durch den Kongreß der Schriftgießer Deutschlands gegeben wurde. Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Offenbacher Schriftgießer bildeten für deren Verursachende in Deutschland eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Es gelang, den übergroßen Theil der Schriftgießer dem „Verband Deutscher Buchdrucker“ zuzuführen, und diesem ist es auch zu danken, daß die Forderung des neunstündigen Arbeitstages und die Erhöhung der Löhne ohne ArbeitsEinstellung bewilligt wurde.

Die Schumacher reichten am 26. Februar folgende Forderungen ein: Einführung des Neunstundentages, unentgeltliche Forniturenlieferung und Erhöhung der Affordpreise. Die Fabrikanten, welche sich schnell durch hohe Konventionalstrafen verpflichtet hatten, nicht zu bewilligen, lehnten die Forderungen ab. Am 3. März reichten die Arbeiter die Kündigung ein, wodurch 440 Personen zum Ausstande kamen. Nach zehn Wochen, während welcher Zeit immer zur Beilegung des

Kampfes die Arbeiter die Hand boten, wurde die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Doch war der Kampf nicht vergebens; die Stellung der Fornituren durch die Fabrikanten wurde nachträglich durchgesetzt. Zu gleicher Zeit hatten auch die Sattler beabsichtigt, in eine Bewegung zur Gewinnung der neunstündigen Arbeitszeit einzutreten. Der Ausbruch des Schuhmacherstreiks veranlaßte jedoch die Sattler, die Ausführung des Planes auf spätere Zeit zu verschieben.

Die Barbier- und Friseurgehülfe waren mit den Prinzipalen in Differenzen wegen Einführung eines Minimallohnes gerathen. Gleichzeitig wurden dann noch Forderungen bezüglich der sanitären Einrichtungen der Schlafstellen geltend gemacht. Die Ursache der Differenzen war die beabsichtigte Preiserhöhung, die von den selbstständigen Barbieren und Friseuren in ganz Deutschland gefordert wurde. In den Reihen der Meister waren jedoch nicht ausdauernde Charaktere genug, die Preiserhöhung durchzusetzen und so blieb es für beide Theile bei dem seitherigen Verhältniß. Die Gehülfe hatten wenigstens die größten Uebelstände in Bezug auf die Wohnungen beseitigt.

Den Glasern waren in einer Werkstätte die Affordlöhne mehr und mehr reduziert worden, so daß von den Arbeitern die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit gestellt wurde. Da der Meister nicht damit einverstanden war, wurde über die Werkstätte die Sperre verhängt, doch wurde damit ein Erfolg nicht erzielt. Ebenso hatte eine Bewegung der Küfer, welche in einer Werkstätte die zehnstündige Arbeitszeit einführen wollten, kein günstiges Resultat zu verzeichnen. Kleinere Bewegungen hatten noch die Holz- und Metallarbeiter, doch kam es zu keiner ernsthaften Differenz. Dagegen wurde das Kartell um Unterstützung bei einem Streik der Arbeiterinnen einer Hasenhaarschneiderei in Urberach

ersucht. Es gelang auch, einen annehmbaren Vergleich nach dreiwöchigem Streik herbeizuführen; der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfсарbeiter hatte durch den Streik eine Ausgabe von 30. M. 1200.

Für auswärtige Lohnbewegungen wurde Unterstützung gesandt: an die Schuhmacher in Weiskensfeld, die Diamantschleifer in Hanau, die Hülfсарbeiter in Bergedorf und Delmenhorst und die Maschinenbauer Englands. Die Maifeier wird am Orte von der sozialdemokratischen Partei arrangiert. Das Kartell bemüht sich, die Arbeiterschaft über die Bedeutung der Maifeier aufzuklären. Von den Gewerben, welche sich durch Arbeitsruhe am 1. Mai auszeichnen, sind besonders die Schuhmacher hervorzuheben. Die Vormittags- und Abend-Versammlungen waren sehr gut besucht. Für das Fabrikinspektorat wurde 1892 ein Vertrauensmann gewählt, der seither in regem Verkehr mit dem Fabrikinspektor stand. Im Februar 1898 wurde auch noch eine weibliche Vertrauensperson gewählt.

Um die Mißstände auf Bauten zu beseitigen, wurde eine Kommission aus den Organisationen der Bauhandwerker gegründet. Derselben gelang es, im Stadtrathe ein Statut durchzubringen, das geeignet war, den Arbeitern einige Vortheile zu bringen. Doch wird dieser Bauarbeiterchutz auch nur auf dem Papiere bestehen, da für seine Verwirklichung die erforderliche kräftige Organisation der Bauarbeiter fehlt.

Zur Aufnahme einer Statistik kam das Kartell seit dem Jahre 1893 nicht mehr. Das damalige Ergebnis war nicht zufriedenstellend; doch wird in dem laufenden Jahre die Aufnahme einer Statistik erfolgen. Die Geschäfte des Kartells wurden in zwölf ordentlichen und fünf außerordentlichen Sitzungen erledigt; außerdem fanden fünf öffentliche Versammlungen statt. Dem Kartell gehörten im abgelaufenen Jahre 24 Gewerkschaften mit 2399 Mitgliedern an, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 642 Mitgliedern ergibt. Die Einnahme betrug im abgelaufenen Jahre M. 4627, die Ausgabe M. 4405, so daß ein Kassenbestand von M. 221 am Schlusse des Jahres vorhanden war.

Zum Schlusse möchten wir noch einmal daran erinnern, daß Streikunterstützung nach auswärts nur gewährt wird, wenn von dem Zentralvorstande der im Kampf befindlichen Organisation eine Anforderung an das Kartell gesandt wird. Auf Verlangen von Zahlstellen oder Kartellen wird keine Unterstützung gegeben, ebenso werden eingehende Sammellisten nicht in Umlauf gesetzt und auch nicht zurückgesandt.

Königsberg i. Pr.

Im Berichtsjahre sind besondere Ereignisse nicht zu verzeichnen. Bei der Gewerbegerichtswahl wurden die vom Kartell aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt. Die zur Deckung der Wahlunkosten veranstaltete Sammlung ergab den Beitrag von M. 171, während die Ausgabe nur M. 16,60 betrug. Von dem Ueberschuß wurden M. 100 an die englischen Maschinenbauer gesandt. Außerdem wurden für dieselben noch M. 62 gesammelt und abgesandt. Bei dem Streik der Töpfer in Insterburg suchte das Kartell helfend

eingzugreifen. Da jedoch von der Hauptkasse des Töpferverbandes nicht genügend Unterstützung gesandt werden konnte, mußten die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. An Streikunterstützung erhielten ferner die Textilarbeiter in Delmenhorst M. 21. Die Gesamteinnahme des Kartells belief sich auf M. 365,37, die Ausgabe auf M. 136,02, so daß ein Kassenbestand von M. 229,35 verblieb.

Die nachstehende Tabelle giebt einen Ueberblick über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation am Orte. Außer den in der Tabelle angeführten Organisationen bestanden 1897 noch Zweigvereine von folgenden Verbänden: Graphische Arbeiter mit 13, Klempner mit 12, Bäcker mit 10, Tapezierer mit 16 und Werftarbeiter mit 36 Mitgliedern, so daß 1897 die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter 1347 betrug. Diese Organisationen gingen, wie auch eine solche der Hafnarbeiter, bald nach der Gründung wieder ein.

Nr.	Organisation	Jahr der Gründung	Zahl der Mitglieder		
			Im Jahre 1. Jahre	Im März 1897	Im März 1898
Zentral-Organisationen:					
1	Bildhauer	1881	13	27	33
2	Böttcher	1897	27	43	43
3	Buchbinder	1895	19	16	32
4	Buchdrucker	1862	250	215	240
5	Gasarbeiter	1897	164	33	36
6	Holzarbeiter	1892	41	138	205
7	Holzhuľsarbeiter ...	1896	16	19	14
8	Kupferschmiede	1889	10	17	24
9	Maler	1894	60	34	16
10	Metallarbeiter	1891	36	84	234
11	Schneider	1889	65	25	100
12	Schuhmacher	1889	22	21	22
13	Steinsetzer	1895	40	40	40
14	Zimmerer	1883	50	215	220
Summa ...			—	—	927 1259
Lokal-Organisationen:					
15	Handelshuľsarbeiter	1889	?	38	125
16	Maler	1887	117	35	40
17	Maurer	1886	167	160	160
18	Töpfer	1887	40	100	90
Summa ...			—	—	333 415
Zusammen ...			—	—	1260 1674

Stuttgart.

Aus dem interessanten und sehr ubersichtlich zusammengestellten Jahresbericht der „Bereinigten Gewerkschaften Stuttgarts“ können wir nur einen kurzen Auszug bringen. Der Gewerkschaftskommission gehören 41 Gewerkschaften an, welche durch 98 Delegirte vertreten sind. Die beteiligten 41 Gewerkschaften zählen insgesamt 5897 Mitglieder, darunter 327 weibliche. Von den in diesen Berufen vorhandenen 28 386 Arbeitern und Arbeiterinnen sind 20,4 pZt. organisiert. Der Prozentsatz der organisierten männlichen Arbeiter stellt sich zu den 19 605 Beschäftigten auf 28 pZt., während von den in Stuttgart beschäftigten 8781 weiblichen

Arbeitern nur 3,4 pSt. organisiert sind. Im Jahre 1896 wurden 5935 Mitglieder der Gewerkschaften gezählt, doch dürfte die Abnahme um 38 Mitglieder für 1897 mehr auf eine genauere Zählung, als auf einen tatsächlichen Rückgang in der Mitgliederzahl zurückzuführen sein.

Wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Gewerkschaften vertheilen, zeigt folgende Tabelle:

Laufende Nummer	Name der Gewerkschaft	Gesamtzahl der Berufsangehörigen	Darunter sind Arbeiterinnen	Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres		Prozentsatz der Organisirten
				insgesamt	darunter weibliche	
1	Bäcker	440	—	25	—	5,4
2	Bildhauer	150	—	70	—	43,3
3	Brauer	450	—	412	—	86,6
4	Buchbinder	1300	700	559	177	44,4
5	Buchdrucker	1180	—	952	—	79,8
6	Dachbeder	17	—	20	—	82,9
7	Flaschner	200	—	47	—	27,0
8	Formner	200	—	104	—	56,5
9	Friseur	150	—	21	—	20,0
10	Fuhrleute	960	—	45	—	6,1
11	Gärtner	150	—	6	—	8,6
12	Gipser u. Stuckateur	400	—	35	—	9,2
13	Glafer	200	—	98	—	42,0
14	Graveure	40	—	43	—	97,5
15	Handlungsgehilfen	3300	800	50	—	1,5
16	Handschuhmacher	147	69	88	7	59,8
17	Hülfsarbeiter	1500	—	155	—	8,4
18	Holzarbeiter	2650	50	869	—	27,9
19	Hutmacher	70	20	56	1	64,3
20	Konditoren	850	500	19	—	2,0
21	Küfer	220	—	72	—	30,4
22	Lackirer	35	—	15	—	45,7
23	Lithogr. u. Steindr.	420	70	111	—	28,8
24	Maler	450	—	90	—	26,6
25	Maschinist. u. Heizer	350	—	105	—	27,7
26	Maurer	400	—	150	—	37,5
27	Mechaniker	150	—	69	—	42,6
28	Metallarbeiter	2000	100	296	1	19,2
29	do. Fil. Ostheim	120	—	50	—	47,5
30	Pflasterer	50	—	6	—	12,0
31	Sattler	172	12	37	—	23,8
32	Schmiede	250	—	103	—	32,0
33	Schneider	2200	1200	233	33	11,2
34	Schuhmacher	685	140	306	49	33,8
35	Steinhauer	300	—	50	—	15,3
36	Tabakarbeiter	182	120	68	31	37,4
37	Tapezierer	180	—	65	—	40,5
38	Textilarbeiter	5300	5000	51	28	0,6
39	Bergolber	28	—	3	—	21,4
40	Xylographen	140	—	93	—	66,4
41	Zimmerer	400	—	250	—	70,2
Insgesamt...		28386	8781	5897	327	20,4

Während einige Gewerkschaften nur einen geringen Prozentsatz der Berufsangehörigen in sich vereinigen, geht die Mehrzahl, 28 von 41, über den Durchschnittsprozentsatz von 20,4 zum Teil beträchtlich hinaus. Nach dem Prozentverhältnis

der Mitglieder zu den Berufsangehörigen rangiren die Gewerkschaften in nachstehender Reihenfolge:

	pSt.		pSt.
Graveure	97,5	Küfer	30,4
Brauer	86,6	Lith. u. Steindr.	28,8
Dachbeder	82,9	Holzarbeiter	27,9
Buchdrucker	79,8	Masch. u. Heizer	27,7
Zimmerer	70,2	Flaschner	27,0
Xylographen	66,4	Maler	26,6
Hutmacher	64,3	Sattler	23,8
Handschuhmacher	59,8	Bergolber	21,4
Formner	56,5	Friseur	20,0
Metallarbeiter		Metallarbeiter	19,2
Ostheim	47,5	Steinhauer	15,3
Lackirer	45,7	Pflasterer	12,0
Buchbinder	44,4	Schneider	11,2
Bildhauer	43,3	Gipser	9,2
Mechaniker	42,6	Gärtner	8,6
Glafer	42,0	Hülfsarbeiter	8,4
Tapezierer	40,5	Fuhrleute	6,1
Maurer	37,5	Bäcker	5,4
Tabakarbeiter	37,4	Konditoren	2,0
Schuhmacher	33,8	Handlungsgehilfen	1,5
Schmiede	32,0	Textilarbeiter	0,6

Das Prozentverhältnis ist nicht nach der in der ersten Tabelle angegebenen Mitgliederzahl am Jahreschlusse, sondern nach der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt berechnet. Diese betrug bei sämtlichen Gewerkschaften 5797, worunter 307 weibliche Mitglieder.

Die Gewerkschaften Stuttgarts hatten für 1897 eine Gesamteinnahme von M. 122 482 und eine Gesamtausgabe von M. 115 195 zu verzeichnen. In der Ausgabe sind M. 55 155 als an die Zentralfassen der Verbände abgeführt angegeben. An Reiseunterstützung wurden M. 6515, an Arbeitslosenunterstützung M. 8134, an sonstiger Unterstützung M. 3589 verausgabt. Für Streiks wurden bei zehn Gewerkschaften M. 2176 vereinnahmt und M. 4326 verausgabt.

Folgende Streiks waren im Berichtsjahre zu verzeichnen:

Beruf	Zahl der betheiligten Personen	Dauer des Streiks in Wochen	Ausgabe M.	Ausgang des Streiks
Buchdrucker	8	?	162	erfolgreich
Formner	18	20	4546	erfolgreich
Metallarbeiter	27	6	3080	theilweise erfolgr.
Schuhmacher	132	1½	1580	erfolgreich
Zimmerer	8	?	270	?
Summa...	193	27½	9638	

Bei den Buchdruckern wurde der Erfolg erzielt, nachdem über das Geschäft, in welchem der Streik ausgebrochen, 33 Wochen lang die Sperre verhängt war. Bei den Zimmerern sind die Streikenden überweitig in Arbeit getreten und dauert die Sperre noch fort. Erfolgreiche Bewegungen, theils zur Durchführung gestellter Forderungen, theils zur Abwehr einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, hatten ferner noch die Holzarbeiter, Maurer, Schuhmacher, Steinhauer und Glasarbeiter zu verzeichnen, ohne daß eine Arbeitseinstellung erforderlich war. Dagegen führte die

Bewegung der Bäcker und die der Friseur zu keinem Erfolge, besonders aus dem Grunde, weil es an genügender Organisation mangelte. Für die englischen Maschinenbauer wurden bis zum Jahreschlusse von der Gewerkschaftskommission M. 1531 und ferner von einzelnen Gewerkschaften größere Summen aufgebracht, so daß im Ganzen zirka M. 5000 zur Unterstützung dieses Streiks aus Stuttgart nach England gegangen sind. Bezüglich der Unterstützung auswärtiger Streiks wurde eine Regelung dahin getroffen, daß diesbezügliche Gesuche nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie vom Zentralvorstande der beteiligten Organisation ausgehen, und sollen in solchem Falle die gesammelten Gelder auch an den Zentralvorstand gesandt werden.

Die agitatorische Thätigkeit der Gewerkschaftskommission war durchgängig von Erfolg begleitet. Auch schlossen manche bis dahin lokalorganisirte Gewerkschaften auf Ersuchen der Gewerkschaftskommission sich den Zentralverbänden an. Nur die Organisation der Töpfer kam diesem Ersuchen nicht nach und trat aus der Gewerkschaftskommission aus. Ueber den bezüglich des Anschlusses an die Zentralverbände gefaßten Beschluß und die sich daran knüpfenden Erörterungen heißt es in dem Berichte:

„Nach dem Wortlaut des Beschlusses, der in seiner klaren Fassung für sich selbst spricht, bedarf es einer Rechtfertigung desselben an dieser Stelle nicht mehr. Wenn jedoch „Die Einigkeit“, das Organ der Lokalorganisirten, oder wie es sich komischerweise nennt, „Organ der Vertrauensmänner = Zentralisationen Deutschlands“, hierzu schrieb, daß mit diesem Beschlusse „die Solidarität der Arbeiter in Lohnkämpfen von den Verbändlern gebrochen werde“, so erwidern wir darauf, daß gerade die Lokalorganisationen es sind, deren ganze Existenz auf Solidaritätsbruch basiert! Sie waren es, welche sich abgefordert haben, sie haben sich den Mehrheitsbeschlüssen der Kollegen immer und immer nicht gefügt, sie allein sind „blindem Fanatismus und Formenanbetung“ ergeben und haben Jahre lang die volle Machtentfaltung der Arbeiterschaft zu verhindern getrachtet. Zum Glück sind diese Zeiten vorüber; die Nothwendigkeit der Zentralisation ihrer Kampforganisationen ist jetzt von den Arbeitern allgemein anerkannt worden und nur einzelne zerstreute Reste der früheren Gegner treiben hier und da noch ihr nunmehr unschädliches Wesen.“

Die von der Gewerkschaftskommission geleitete Gewerbegerichtswahl ergab die Wahl der von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten, ohne daß Gegenkandidaten aufgestellt wurden. Durch Erweiterung des Vertrauensmänner-systems für die Fabrikinspektion sind auch auf diesem Gebiete Vortheile für die Arbeiterschaft erzielt worden. Besonders die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen ermöglichte es, auch den Arbeiterinnen mehr als bisher ihre Beschwerden bei dem Fabrikinspektor anbringen zu können. Mit aller Entschiedenheit sprach die Gewerkschaftskommission sich gegen die seitens der Regierung geplante Heranziehung der Diakonissen für diese Vertrauensposten aus.

Von der Gewerkschaftskommission ist eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse

in Stuttgart veranstaltet worden, und sind 78 ausgefüllte Fragebogen eingegangen. Das bearbeitete Material dürfte in einigen Wochen einer besonderen Broschüre zur Veröffentlichung gelangen. Bemerkenswerth in dem Berichte auch die Schilderung des Versuches der Lithographen, sich von den Steindruckern zu trennen und einen eigenen Zentralverband zu gründen. Dieser letztere Versuch hat bisher keinen Erfolg gehabt und blieb die Trennung bisher in Stuttgart beschränkt.

Die Gewerkschaftskommission hatte vom 1. April bis 31. Dezember 1897, bei einem Kassenbestande von M. 2083, eine Gesamteinnahme von M. 52 und eine Ausgabe von M. 2516. Der Vermögensstand belief sich am Jahreschlusse auf M. 268. In der Einnahme stehen neben M. 1674 Quartalsbeiträgen der Gewerkschaften unter Anderem M. 6 Ueberschüsse von Festen und M. 68,93 von öffentlichen Vorträgen, M. 162 für Maimarkt und M. 279 Ueberschuß von der Gewerbegerichtswahl. In der Ausgabe stehen als hauptsächlichste Posten: Beitrag an das Arbeitersekretariat M. 96, Druckerarbeiten M. 338, Quittungsmarken M. 5, Annoncen M. 149, Vorstandssitzungen und Erschädigungen M. 425, Lohn- und Arbeitsstatistik M. 240. Das Geschäftsjahr galt bisher vom April bis April und soll in Zukunft mit dem Kalenderjahr schließen. Deswegen erstreckt sich der Kassenbericht dieses Mal nur auf 9 Monate. Von den seitens der „Bereinigten Gewerkschaften“ getroffenen oder von ihnen unterstützten Einrichtungen sind zu erwähnen: Die Bibliothek welche 1893 895 Bände, im Jahre 1897 aber 1842 Bände zählte. Im letzten Jahre wurden 7546 Bände ausgeliehen, wovon 42 Bände 16 bis 21 Mal zur Ausgabe gelangten. Die Bibliothekskasse hatte eine Einnahme von M. 218 und eine Ausgabe von M. 1964. Bezüglich des Arbeitersekretariates, zu dem seitens der Gewerkschaften ein größerer Beitrag geleistet (im Jahre 1897 kamen von M. 2900 Gesamteinnahme von den Gewerkschaften Stuttgart M. 1119 und den Gewerkschaften Feuerbach M. 414), wird in dem Berichte Folgendes gesagt:

„Beklagt wurde regelmäßig der geringe Nutzen der den Organisationen aus der Errichtung dieses Instituts leider nur erwachsen ist. Die Thätigkeit des Sekretariats wird ausschließlich von der Auskunftszertheilung in Anspruch genommen, und dieselbe kommt hauptsächlich den nichtorganisirten Arbeitern zu Gute. Von 5931 Auskunftsfindenden des ersten Jahres waren 4062 Nichtmitglieder, welche ohne jeden Beitrag zu den Kosten des Sekretariats Gebrauch von demselben machten und so den Organisationen die Zeit und Arbeitskraft des Sekretärs vorweg nahmen.“

Zur Abstellung des gerügten Mißstandes dürfte es sich deshalb wohl empfehlen, in Zukunft auch den von den Gewerkschaftsvertretern schon bei der Gründung gemachten Vorschlag zurückzukommen von den Nichtorganisirten für jede Benützung des Sekretariats eine Gebühr zu erheben, um dadurch diejenigen, welche sich weigern oder aus Gleichgültigkeit es unterlassen, sich der Organisation anzuschließen, zu veranlassen, wenigstens zu den Kosten der Unterhaltung des Instituts auch einen Theil beizutragen.“

Das 1894 gegründete Gewerkschaftshaus brachte auch im letzten Jahre einen Ueber- schuß von M. 4585. Der Gesamtumsatz belief sich für 1897 auf M. 104898. Da die bisherigen Räumlichkeiten nicht mehr genügten und der Pacht- vertrag abgelaufen war, so erwarben die ver- einigten Gewerkschaften für den Kaufpreis von M. 235 000 ein eigenes Haus, das nach voll- zogenem Umbau bezogen wurde. Der Komit ent- behrt nicht die Schilderung des in allen Instanzen bestätigten Verbotes des Ausschüßens der rothen Fahne des Gewerkschaftshauses. In früheren Jahren durfte die Fahne bei festlichen Gelegen- heiten ungehindert flattern, seit 1896 aber gilt die Fahne als ein „Symbol des Aufruhrs“. Die

Entwicklung gewisser Mitbewohner der Stadt scheint in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht zu haben.

Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts scheinen nach dem Berichte in Bezug auf praktische Einrichtungen allen Gewerkschaftskartellen in Deutschland voraus zu sein. Es wäre aber un- gerecht, nicht gleichzeitig zu bemerken, daß die größere Bewegungsfreiheit, wie sie in Württemberg vorhanden ist, erst die Möglichkeit schafft, praktische Einrichtungen zu treffen, ohne jeden Augenblick befürchten zu müssen, das Geschaffene durch brutale oder widerrechtliche Eingriffe vernichtet zu sehen.

Die Aufstände in Italien und ihr Einfluß auf die Organisationen.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die gemäßigt konservative Partei, welcher wir die Flintenschüsse gegen eine unbewaffnete Bevölkerung zu verdanken haben, diese nur in Szene gesetzt hat, um den Organisationen der Arbeiter, welche friedlich und gesellig für die Verbesserung ihrer Lage strebten, den Todesstoß zu versetzen, darum wird auch der Belagerungszustand in den Provinzen Mailand und Toscana aufrecht erhalten. Als Beweis diene, daß in Apulien, wo die Vorgänge viel umfangreicher und schwererer Natur waren als in Mailand und Florenz, nichts von Be- lagerungszustand zu hören war, während man in Toscana und der Lombardei sofort Gewerkschaften und Arbeiterkammern auflöste, ohne daß diese nur direkt oder indirekt an den Revolten Teil ge- nommen hätten, welche von einer brutalen Polizei, der ignorantesten und wildesten der ganzen Welt, provoziert worden sind.

Alle italienischen Arbeiter müssen sich heute fester an die Arbeiterkammern und Gewerkschaften anschließen, in dem Momente, wo die bürgerliche Camorra sie mit ihrem unendlichen Haß verfolgt, und viele Tausende Proletarier in Elend und Noth jagt. Ich nenne es die bürgerliche Camorra, denn die Macht ist heute nicht in den Händen einer intelligenten, industriellen, muthigen und arbeitsamen Bürgerschaft, sondern sie wird von einer Handvoll Männern ausgeübt, welche der Bevölkerung gern wieder das Mittelalter mit Schwert, Galgen und Inquisition aufhalsen möchten.

Die Organisationen in den genannten Provinzen sind vernichtet, in dem übrigen Italien sind sie zu Tode verwundet, und wo sie wirklich noch athmen, da geschieht es leise, denn der Gendarm lauscht am Schlüsselloche. Aber trotz aller dieser Ver- folgungen und Schikanen können wir mittheilen, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner,

die Föderation der Maurer und die der Metallarbeiter noch so einigermaßen funk- tioniren. Die schweizerische Organisation der Eisenbahner hat den italienischen Genossen eine Spalte ihres Organs zur Verfügung gestellt, welche von dem leitenden Comité zu Lugano benutzt wird, und werden so die Beziehungen der organisirten Mitglieder aufrecht erhalten. In Bologna wurde die Arbeiterkammer nicht auf- gelöst, und funktionirt die Föderation der Arbeiter im Bäckergewerbe wie vorher. Ebenso ist es mit der Organisation der Bucharbeiter, zu denen Typographen, Drucker, Litho- graphen, Buchbinder und Zinko- graphen gehören. Ihr Fachorgan „L'arti grafiche“ (Das graphische Gewerbe), welches früher in Mailand erschien, wird nun in Turin gedruckt.

Die Landbevölkerung, welche ungefähr ein Drittel der Gesamtbewohner ausmacht, hat noch keine großen Gewerkschaften gebildet, doch war sie unter der Form von Arbeits- und Konsumgenossenschaften organisirt und diese wurden an vielen Orten aufgelöst. Die Regierung sah jedoch bald ein, daß sie durch diese Auflösung die Bauern von Neuem erbitterte und unterließ weitere Auflösungen.

Alle Diejenigen, welche lachen über unsere Anfänge des geselligen Kampfes, werden sich jetzt überzeugen, daß die italienische Bourgeoisie die Gewerkschaften und Arbeiterkammern nicht so hassen und verfolgen würde, wenn diese nicht zur Aufklärung der Proletarier eine gute Schule bilden würden. Sie mögen hassen und verfolgen, die italienischen hohen Kreise — wir werden die Auf- klärung des Volkes weiter pflegen, sie ist unser Heil und der sicherste Weg.

Dr. Dino Rondani.

Der Achtstunden-Arbeitstag in Australien.

(Von Andreas J. M'Elroy im „American Federationist“.)

Das Goldfieber, welches um 1851 in Australien zu Tage trat, brachte die Löhne auf eine außer- ordentliche Höhe. Jeder gewöhnliche Arbeiter konnte damals täglich leicht eine Unze Gold ver- dienen oder selbst aus der Erde holen, das heißt sein täglicher Verdienst betrug M. 20. Es war

die Reigung vorhanden, die Löhne der Arbeiter bei jeder Beschäftigung zu erhöhen, denn die Arbeiter und Handwerker stellten ihre Thätigkeit ein und gingen nach den Goldfeldern, wenn sie keine Lohnerhöhungen erhielten. Als ein Beispiel der herrschenden hohen Löhne können wir anführen,